

Weitere Sparideen bergen Zündstoff

Staatshaushalt Vorschläge von Verbänden und Fraktionen liegen auf dem Tisch des Finanzdirektors

VON ELISABETH SEIFERT

Der Wegfall der Gewinnausschüttung der Nationalbank für das laufende Jahr erhöht das Defizit des Kantons massiv. Statt des prognostizierten Minus von 112,4 Mio. Franken im Budget 2014 muss der Kanton jetzt mit einem Loch von rund 134 Mio. Franken in der Staatskasse rechnen (siehe Dienstag-Ausgabe). Damit aber erhöht sich der Druck auf das Parlament, den Massnahmenplan 2014, der im März in den Kantonsrat kommt, möglichst ohne Abstriche zu verabschieden. An Relevanz gewinnen zudem die weitergehenden Vorschläge für Sparmassnahmen, die Fraktionen und Verbände im Rahmen des runden Tisches vom letzten November eingereicht haben.

Wie eine Umfrage dieser Zeitung zeigt, finden sich darunter Vorschläge, die echtes Sparpotenzial beinhalten – aber auch zu kontroversen Diskussionen Anlass geben dürften. Namentlich die Verbände – und hier vor allem die Vertreter der Wirtschaft – schrecken nicht vor unpopulären Ideen zurück (siehe Text rechts). Noch lassen sich diese Vorschläge nicht quantifizieren. Zusammen mit Eingaben von Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung werden sie derzeit im Finanzdepartement auf ihr Einsparungspotenzial hin überprüft.

Bürgerliche: Sparen in der Bildung

Die **Fraktion CVP/EVP/GLP/BDP** setzt wesentlich auf Vorschläge in der Bildung. So ist gemäss Fraktionspräsident Michael Ochsenbein etwa zu prüfen, ob «aufgrund der hohen Belastung» der Schüler der Unterstufe auf Frühfranzösisch in der 3. und 4. Klasse zu verzichten sei. In der 5. und 6. Klasse soll dann der Unterricht in einer Fremdsprache genügen. Weiter ist die Mittelfraktion der Ansicht, dass aufgrund der geleiteten Schulen das Qualitätsmanagement in den Schulen reduziert werden könnte. Bei der Fachhochschule Nordwestschweiz plädiert sie dafür, dass Masterlehrgänge nur noch in Ausnahmefällen angeboten werden sollen. Vor allem aber sei, wie Ochsenbein betont, «in den nächsten drei Jahren eine Opfersymmetrie der FHNW gegenüber den anderen Bildungsausgaben anzustreben».

Auch die **SVP-Fraktion** konzentriert sich im Wesentlichen auf Sparvorschläge in der Bildung – allerdings nur im Bereich der Kantonschulen. Unter anderem sollen in der Sek P nicht nur zwei Lektionen, sondern fünf Lektionen pro Woche gestrichen werden. Weiter setzt sich



Die Kantonsfinanzen sollen bis zum Jahr 2017 wieder ins Lot gebracht werden – auch mit Sparvorschlägen vonseiten der Fraktionen und Verbände. KEY

WIRTSCHAFT: LOHNKÜRZUNG FÜR KANTONSANGESTELLTE

Sparvorschläge haben auch die **Handelskammer** sowie der **Gewerbeverband** eingereicht. Brisant ist hier etwa der Vorschlag, den Angestellten der kantonalen Verwaltung – nach dem Vorbild des Kantons Fribourg – eine befristete Lohnkürzung zu verordnen. Zudem macht die Wirtschaft den Vorschlag, dass Staatsangestellte – befristet – auf den Stufenan-

stieg verzichten. «Auch in der Privatwirtschaft gibt es in schwierigen Zeiten eine Nullrunde», meint Handelskammer-Direktor Daniel Probst. Weiter fordern die Verbände einen Beitrag der aktiv Versicherten an die Sanierung der kantonalen Pensionskasse (wir berichteten). Der **Staatspersonalverband** sieht gemäss Präsident Beat Käch «Optimierungsmöglichkei-

ten» bei der Anzahl der Lehrerbildungsstätten an der PH Nordwestschweiz. «Optimierungsmöglichkeiten» macht der Verband auch bei der Anzahl der Sek-P-Standorte aus. Weiter sei zu überprüfen, ob der Kanton bestimmte Berufsausbildungen nicht selber anbieten soll – statt anderen Kantonen hohe Schulgelder zu zahlen. Der **Einwohnergemeinerverband** verlangt laut

Geschäftsführer Thomas Blum im Bereich Bildung eine «Loslösung der Kernverwaltung des Bildungsdepartements vom operativen Schulbetrieb». Zudem sei eine weitere Reduktion der Lektionen ins Auge zu fassen. Weiter gelte es, die Löhne der Sek-P-Lehrpersonen an der Kanti an jene der Sek-P-Lehrkräfte an den Sekundarschulstandorten anzupassen. (ESF)

die Fraktion dafür ein, dass die bilinguale Maturität verschoben wird. Darüber hinaus will die SVP laut Fraktionspräsident Christian Imark diverse Beiträge an Institutionen streichen, etwa an den Oberrheinrat.

Mittelfraktion will nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule.

Alles in allem eine doch recht magerer Ausbeute für eine Partei, die keine Gelegenheit auslässt, den fehlenden Sparwillen der Verwaltung zu geisseln. Darauf angesprochen verweist Imark auf diverse Anträge der Fraktion im Kantonsrat, etwa jenen zur Abschaffung des integrativen Unter-

richts oder die linearen Kürzungsanträge zu den Globalbudgets.

Sparvorschläge in der Bildung macht auch die **FDP-Fraktion**. Statt aber einem «Abbau der Bildungsinhalte» das Wort zu reden, engagiert sich die Fraktion für einen «Abbau der Bildungsadministration». «Konkret geht es uns um eine Überprüfung und Reduktion des Controllings im gesamten Bildungsbereich», sagt Parteisekretär Charlie Schmid. Eine Überprüfung der Controllingdienste müsse aber auch in den übrigen Departementen erfolgen. Sparpotenzial erkennt die Fraktion weiter in einer Reduktion der Forschungsaufträge, die der Kanton der Fachhochschule erteilt. Im Sozialbereich fordert die Fraktion einen Verzicht auf die Familienenergänzungsleistungen.

Linke: Fokus auf Einnahmen

SP und Grüne legen Wert auf ein Gleichgewicht von Massnahmen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite. Beide Fraktionen halten sich denn auch mit weitergehenden Sparvorschlägen eher zurück. Einsparungsmöglichkeiten sieht die **SP-Fraktion** gemäss Kantonsrätin und Finanzexpertin Susanne Schaffner etwa bei den «hohen Verwaltungskosten der Ausgleichskasse». Vor allem aber setzt sich die SP-Fraktion für eine Aufhebung des Strassenbaufonds ein, wodurch sich das freie Eigenkapital des Kantons erhöht. Die **Fraktion Grüne** erhofft sich gemäss Fraktionspräsidentin Barbara Wyss Einsparungen aufgrund von Synergien, die infolge einer Neuaufteilung der Departemente möglich werden.